



Der Internationale Karlspreis zu Aachen

Für die Einheit Europas

Begründung des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen an den vormaligen Präsidenten der Europäischen Zentralbank und Ministerpräsidenten a.D. der Italienischen Republik, Professor Mario Draghi

Die Lage ist dramatisch: Europa droht zum Spielball anderer Mächte zu werden. Deshalb kommt es jetzt – in dieser entscheidenden Phase – darauf an, die europäische Handlungsfähigkeit und Souveränität zu sichern. Für die Verteidigung sind wichtige Schritte eingeleitet worden, doch setzen Sicherheit und strategische Unabhängigkeit fundamental ein wirtschaftlich starkes Europa voraus. Wettbewerbsfähigkeit und ökonomische Kraft sind somit die unerlässliche Grundlage für ein souveränes, starkes und selbstbestimmtes Europa.

Wie kein anderer steht Mario Draghi für die wirtschaftliche Stärkung Europas und sein nach ihm benannter Draghi-Report von 2024 für die notwendige Strategie, um Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Stabilität auf dem Kontinent zu gewährleisten. In Würdigung seiner aktuellen Impulse und seines herausragenden Lebenswerkes im Dienste dieses zentralen Anliegens sowie in Anerkennung seiner historischen Verdienste um Erhalt, Festigung und Weiterentwicklung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion als einem unverzichtbaren Kernstück der Integration ehrt das Direktorium der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen im Jahr 2026 den vormaligen Präsidenten der Europäischen Zentralbank und Ministerpräsidenten a.D. der Italienischen Republik, Professor Mario Draghi.

In Zeiten großer Unsicherheiten und Herausforderungen bedarf es Brückenbauer, Mittler und Mahner, Visionäre und strategischer Vordenker, die die Fähigkeit besitzen, mit klarer Haltung konkrete Wege aufzuzeigen, und es bedarf mutiger Entscheider – Macher! Führungspersönlichkeiten, die an historischen Wegmarken, an denen ein Jahrhundertprojekt zu scheitern droht, Verantwortung übernehmen, auch wenn die Zustimmung der Öffentlichkeit und auch weiter Teile der Politik alles andere als gewiss ist.

Vor knapp eineinhalb Jahrzehnten stand die Europäische Union schon einmal an einer solchen Wegmarke, und Mario Draghi hat Verantwortung übernommen! Entschieden! „Whatever it takes!“ Diese drei Worte stehen nicht nur für die Rettung des Euro, sondern für eine Haltung des Mutens und der Bereitschaft, für europäische Überzeugungen ins Risiko zu gehen. Und auch heute zählt er zu den herausragenden Persönlichkeiten, die der Union abermals den Weg weisen – hin zu mehr Wettbewerbsfähigkeit, mehr Gemeinsamkeit, mehr Europa:

„Im Laufe der Jahre hat die Union immer wieder auf Krisen reagiert – oft über alle Erwartungen hinaus. Wir haben das historische Tabu gemeinsamer Schulden während der Pandemie überwunden und uns gegenseitig geholfen. Wir haben in Rekordzeit eine gewaltige Impfkampagne umgesetzt. Wir haben auf Russlands Invasion der Ukraine mit beispielloser Einheit und Entschlossenheit reagiert. Doch das waren Reaktionen auf Notsituationen. Die Herausforderung heute ist eine andere: Mit derselben Entschlossenheit auch in normalen Zeiten zu handeln, um den neuen Realitäten der Welt zu begegnen. Diese neue Welt ist uns nicht wohlgesonnen. Sie wartet nicht auf langsame gemeinschaftliche Rituale, bevor sie ihre Stärke demonstriert. Sie verlangt eine radikale Veränderung unserer Ziele, Zeitpläne und

Arbeitsmethoden. [...] Kurz gesagt: Die Europäer müssen wieder zu einheitlichem Handeln finden. Es geht darum, dies nicht erst zu tun, wenn die Umstände unhaltbar werden, sondern jetzt – solange wir noch die Macht haben, unsere Zukunft zu gestalten.“ (Mario Draghi, 22. August 2025, Rimini)

Mario Draghi wurde am 3. September 1947 in Rom geboren. Nach dem Besuch des von Jesuiten geführten Istituto Massimiliano Massimo, einer katholischen Privatschule in Rom, studierte er Wirtschaftswissenschaften an der Universität La Sapienza und schloss 1970 mit Bestnote ab. 1977 wurde er am Massachusetts Institute of Technology – als erster italienischer Staatsbürger – promoviert; seine Dissertation „Essays on Economic Theory and Applications“ wurde dabei von den Wirtschaftsnobelpreisträgern Franco Modigliani und Robert Solow betreut.

Von 1975 bis 1981 als Professor für Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Trient, Padua und Venedig tätig, übernahm er 1981 eine Professur für Wirtschaftswissenschaften und Währungspolitik an der Universität Florenz (mit Unterbrechungen bis 1991). 1984 wurde er für sechs Jahre als Exekutivdirektor zur Weltbank nach Washington delegiert. 1991 wechselte er als Generaldirektor ins italienische Schatzministerium, dem er über zehn Jahre – unter etwa ebenso vielen Regierungen – diente.

Schon ab diesem Zeitpunkt auf europäischer Ebene an der Ausarbeitung der Wirtschafts- und Währungsunion und speziell der „Maastricht-Kriterien“ beteiligt, gelang es dem Spitzenbeamten und engsten Mitarbeiter des damaligen Schatzministers und späteren Präsidenten, dem Karlspreisträger 2005 Carlo Ciampi, den italienischen Staatshaushalt zu sanieren. Allein durch den Verkauf von Banken, Energie- und Telekommunikationskonzernen konnte das Privatisierungskomitee mit Draghi an der Spalte viele Milliarden Euro erlösen. Durch die rigide Finanzpolitik wurden das Budgetdefizit, die Schuldenquote und die Inflationsrate des Landes deutlich abgesenkt, wodurch es Italien – entgegen den Erwartungen vieler Experten – gelang, die Kriterien für die Einführung der Gemeinschaftswährung zu erfüllen und zum Kreis der (dann) elf Gründungsmitglieder zu stoßen.

2001 zunächst mit einem Lehrauftrag an der Harvard University betraut, übernahm er 2002 eine Stelle als Vice Chairman und Managing Director im Londoner Büro der US-Investmentbank Goldman Sachs. Ende Dezember 2005 wurde der parteilose Finanzfachmann für sechs Jahre zum Gouverneur der Banca d’Italia ernannt und zog damit qua Amt in den Rat der EZB ein. Auch in dieser Funktion mahnte Draghi gegenüber den italienischen Regierungen Prodi und Berlusconi ebenso stetig wie vernehmlich eine Rückkehr zu Stabilität, Wachstum und einem verschärften Sparkurs an.

Bereits 2009 für die Nachfolge von Jean-Claude Trichet ins Gespräch gebracht, wurde er im Juni 2011 vom Europäischen Rat zum Präsidenten der Europäischen Zentralbank bestellt. Seine achtjährige Amtszeit trat er am 1. November 2011 an.

Hatte sein Vorgänger mit den im Mai 2010 beschlossenen Staatsanleihenkäufen noch die Hoffnung verbunden, die Politik werde ihre Aufgaben – zeitnah – erfüllen, brachten die darauffolgenden Monate zutage, dass im Zuge der Staatsschuldenkrise die EZB gleichsam als Reparaturbetrieb für politische Versäumnisse arbeiten musste, um die Märkte und vor allem die über 300 Millionen Bürgerinnen und Bürger in der Eurozone von der Vertrauenswürdigkeit ihrer Währung zu überzeugen.

Als sich die Situation an den durch die Eurokrise zunehmend verunsicherten Finanzmärkten weiter verschärfte, dort erhebliche Zweifel bestanden, dass die schwächeren Euro-Mitglieder ihre Schulden jemals zurückzahlen könnten und der Euroraum zu einem Schlachtfeld der Investoren zu werden drohte, nutzte Draghi die Global Investment Conference in London am 26. Juli 2012 zu einer schon rasch legendär gewordenen Ankündigung: „Im Rahmen unseres Mandats ist die EZB bereit, alles Notwendige zu tun, um den Euro zu erhalten. Und glauben Sie mir, es wird genug sein.“

Mit der daraufhin getroffenen Entscheidung der EZB vom 6. September 2012, unter bestimmten Bedingungen Staatsanleihen europäischer Krisenländer in unbegrenzter Höhe aufzukaufen, um damit den Fortbestand des Euro zu sichern (sog. OMT-Programm), vollzog er eine riskante Wende in der Geldpolitik der Notenbank, die vor allem von deutscher Seite vielfach scharf kritisiert wurde. Indes hat allein die Veröffentlichung dieses Beschlusses die Märkte zu einem Zeitpunkt beruhigt, da ein Scheitern des Euro nicht ausgeschlossen war. So sahen Befürworter Draghis Schritt als den einzigen machbaren an, weil die Regierungen nicht die nötige Kraft zu haben schienen, Reformen rasch genug auf den Weg zu bringen. In der Rückschau fand die Grundsatzentscheidung schließlich auch in Deutschland Anerkennung. So adressierte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier Draghi bei der Verleihung des Großkreuzes des Bundesverdienstordens im Januar 2020 mit größter Hochachtung: „*Sie mussten mit den Instrumenten einer Zentralbank in einer Zeit handeln, als es kein entwickeltes europäisches Instrumentarium zur Krisenintervention gab. Sie mussten in einem Szenario handeln, für das es kein europäisches Drehbuch gab. Ein Szenario, in dem Abwarten keine Option war. Und Sie haben gehandelt. [...] Sie haben bewahrt, was andere aufzugeben bereit schienen. Niemand mag sich vorstellen, wo Europa heute stünde, wenn nicht nur das Vereinigte Königreich die Europäische Union verlassen hätte, sondern gleichzeitig die Eurozone zerbrochen wäre. Sie haben sich mit aller Kraft [...] dagegengestemmt.*“

Nach Ablauf seiner Wahlzeit schied Draghi Ende 2019 turnusgemäß aus den Diensten der EZB aus. Als gut ein Jahr später in seinem Heimatland die Regierung Conte scheiterte, wurde er von Staatspräsident Sergio Mattarella, der angesichts der anhaltenden Corona-Krise von Neuwahlen absehen wollte, gleichsam als „letzte Hoffnung“ mit der Bildung einer „Regierung der nationalen Einheit“ beauftragt und trat am 13. Februar 2021 sein neues Amt als Ministerpräsident an.

Und tatsächlich gelang ihm, was lange Zeit undenkbar schien: Binnen weniger Monate hatte Italien im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Ländern mehr Geimpfte, weniger Corona-Infizierte und Schwerkranken; und mit einer Steigerungsrate von knapp 9% wuchs die Wirtschaft geradezu explosionsartig – und deutlich stärker als im EU-Durchschnitt. In kürzester Zeit hatte Draghi – anders als sein Vorgänger – überzeugende Konzepte und Projektpläne für Investitionen erarbeitet, die mit Mitteln des EU-Wiederaufbaufonds vor allem der Infrastruktur sowie der digitalen und ökologischen Transformation zugutekamen.

Draghis Kabinett, in das er bewusst keinen Vorsitzenden einer großen Partei berufen hatte, arbeitete mutig, konsequent und effizient und konnte so das Land aus der Krise führen, stabilisieren und auch einen Stimmungswechsel in der Bevölkerung bewirken, die – z.B. durch die zuvor lange verschobene Verwaltungs- und Justizreform – wieder Vertrauen in die eigenen Institutionen fasste. Noch im Jahr 2021 ernannte das angesehene Wirtschaftsmagazin „The Economist“ Italien zum „Land des Jahres“ – was in der Hauptsache Draghis Wirken geschuldet war.

Außen- und europapolitisch fand er einen wichtigen Verbündeten im französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron, mit dem er im November 2021 einen Freundschaftsvertrag erarbeitete, der nicht nur hinsichtlich der Namensgebung (nach dem Amtssitz des italienischen Präsidenten: „Quirinal-Vertrag“) an den deutsch-französischen „Élysée-Vertrag“ erinnert.

Als Russland am 24. Februar 2022 die Ukraine mit einem brutalen Angriffskrieg überzog, war Draghi, der die präzedenzlose Sanktionspolitik der EU gegenüber dem Aggressor und die Waffenlieferungen an Kyjiw von Beginn an unterstützte, der erste westliche Staatsmann, der sich klar für eine EU-Beitrittsperspektive für die Ukraine aussprach.

Im Juli 2022 zerbrach das fragile Regierungsbündnis und Staatspräsident Mattarella sah sich genötigt, das Rücktrittsgesuch seines national unverändert populären und international höchst angesehenen Ministerpräsidenten anzunehmen. Das Land schicke ohne Not „seinen Besten in Pension“, zeigten selbst Medien, die Draghi lange Zeit weniger zugewandt waren, ihr Unverständnis über die Politik in

Rom – die es indes der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, ermöglichte, Draghi im darauffolgenden Jahr mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Union zu beauftragen.

Zu Beginn der neuen Legislaturperiode, mithin in einer prägenden Phase der (Neu-)Ausrichtung des Europäischen Parlaments und der Kommission, wurde am 9. September 2024 der „Bericht über die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit“ veröffentlicht. In einer Zeit, in der die EU Gefahr läuft, technologisch und ökonomisch im globalen Kräftemessen zurückzufallen, liefert der Bericht eine schonungslose Analyse und formuliert die dringend notwendige Agenda einer europäischen „Re-Ökonomisierung“. Draghi identifiziert darin einige zentrale Handlungsfelder und Kernaspekte, um nachhaltiges Wachstum zu generieren:

- Schließung der Innovationslücke zu USA und China
- Europäischer Plan zur Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit inklusive Senkung der Energiepreise
- Erhöhung der Sicherheit und Verringerung von Abhängigkeiten
- Erhöhung der Investitionen und
- ein koordinierteres Vorgehen auf EU-Ebene

Insgesamt liefert der Bericht eine umfassende Analyse der Herausforderungen und Chancen, mit denen die EU konfrontiert ist, entwickelt zugleich strategische Ansätze zur Förderung von Wachstum und Stabilität und hält auch ganz konkrete Maßnahmenvorschläge bereit.

Die EU, so Draghis Überzeugung, brauche „radikale Veränderungen“, um in einer fundamental veränderten Welt „heute und morgen bestehen zu können“. Dabei ist vieles von dem, was er zu Papier gebracht hat, keineswegs neu oder gar revolutionär, aber mit seinem Bericht und zahlreichen darauffolgenden Reden und Beiträgen hat er die EU-Institutionen wachgerüttelt.

„Um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen“, so konstatiert er schonungslos, „muss die Union ihre Rolle als Zuschauer – oder bestenfalls Nebendarsteller – aufgeben und zu einem Hauptakteur werden. Sie muss ihre politische Organisation ändern, die untrennbar mit ihrer Fähigkeit verbunden ist, wirtschaftliche und strategische Ziele zu erreichen. Wirtschaftsreformen bleiben in diesem Prozess ebenfalls eine notwendige Voraussetzung. [...] Die Regierungen müssen entscheiden, auf welche Sektoren sie ihre Industriepolitik konzentrieren wollen. Sie müssen unnötige Handelshemmnisse beseitigen und die Genehmigungsprozesse für den Ausbau der Energieinfrastruktur überarbeiten. Sie müssen festlegen, wie die gigantischen Investitionen finanziert werden sollen, die künftig nötig sein werden. [...] Und sie müssen eine Handelspolitik entwickeln, die anerkennt, dass sich die Welt von multilateralen Regeln entfernt.“

Nicht zu Unrecht machte unter Journalisten und Spitzopolitikern schon rasch der Begriff „wake-up call“ die Runde – ein Weckruf, der die politische Agenda noch lange Zeit mitbestimmen wird und der für die Zukunft der Union und die Akzeptanz durch ihre Bürgerinnen und Bürger von existenzieller Bedeutung ist. Denn Mario Draghi erinnert Europa an seinen Ursprung: Wirtschaftliche Stärke ist kein Selbstzweck, sondern die Voraussetzung für Frieden, Stabilität und die Fähigkeit, die eigene Verteidigung zu gewährleisten.

Mit Prof. Mario Draghi ehrt das Karlspreisdirektorium eine Persönlichkeit, die zielgerichtet und mit unerschütterlicher Entschlossenheit Großes für Europa geleistet hat: die Rettung des Euro, die Stabilisierung seines Heimatlandes in schwerster Krise und nun die Formulierung einer Zukunftsagenda für den ganzen Kontinent. Die Auszeichnung seiner herausragenden Lebensleistung ist daher weit mehr als eine Würdigung der Vergangenheit. Sie ist eine Bekräftigung der existenziellen Bedeutung seines jüngsten Weckrufs und zugleich eine Aufforderung für alle

politischen und gesellschaftlichen Kräfte in Europa, seine Analyse ernst zu nehmen und jetzt selbst mutig zu entscheiden und zu handeln. Die Verleihung des Karlspreises 2026 an Mario Draghi ist somit ein bewusst gesetztes Zeichen für die dringend notwendige Prioritätssetzung: Europa muss seine wirtschaftliche Stärke erneuern, um seine Zukunft selbstbestimmt gestalten zu können. Wir fordern die Europäische Kommission und europäischen Staats- und Regierungschefs auf, jetzt den Draghi-Report umzusetzen.